

ANTRAGSBUCH

Kleiner Parteitag

Landesparteirat

FAMILIE
IST Vielfalt

Samstag, 5. März 2016, 10:30 Uhr

Stadthalle

Schloßplatz 1, Aschaffenburg

Inhaltsverzeichnis

Familie

1

Antrag 1//2016	AntragstellerIn: Landesvorstand der BayernSPD	
Moderne sozialdemokratische Familienpolitik		
<i>Adressat: SPD-Landtagsfraktion, Bundesparteitag</i>		1
Antrag 2//2016	AntragsstellerIn: Jusos Bayern	
Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik		
<i>Adressat: Bundesparteitag</i>		22
Antrag 3//2016	AntragsstellerIn: SPD Unterbezirk Würzburg Stadt	
Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik		
<i>Adressat: Bundesparteitag</i>		28
Antrag 4//2016	AntragsstellerIn: SPD Bezirk Oberfranken	
Seniorenpolitisches Gesamtkonzept der SPD		
<i>Adressat: Bundesparteitag</i>		35
Antrag 5//2016	AntragsstellerIn: SPD Bezirk Oberfranken	
Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe		
.		38
Antrag 6//2016	AntragsstellerIn: Jusos Bayern	
Schluss mit Generationengerechtigkeit!! Wir wollen Gerechtigkeit für alle!!		
.		39
Antrag 7//2016	AntragsstellerIn: SPD-Bezirk Oberfranken	
Geschlechtsneutraler Zugang zu Wickeltischen – jetzt!		
.		47

Familie

1 **Antrag 1/I/2016**
2 **AntragstellerIn: Landesvor-**
3 **stand der BayernSPD**

4

5 **Moderne sozialdemokratische**
6 **Familienpolitik**

7

8 Familie ist da, wo Menschen
9 Verantwortung füreinander über-
10 nehmen, sich gegenseitig unter-
11 stützen und miteinander leben.
12 Das klassische Familienbild reicht
13 schon lange nicht mehr aus, um
14 Familie zu definieren. Heute wer-
15 den die vielfältigsten Modelle ge-
16 lebt, sodass eine sozialdemokra-
17 tische Familienpolitik für alle Le-
18 bentsentwürfe die richtigen Ant-
19 worten geben muss. Solidarität
20 stellt dabei das bindende Element
21 dar:

22

23 Politik und Gesellschaft müssen
24 alle Menschen unterstützen, die
25 sich entscheiden – in welcher
26 Form auch immer – gemeinsam
27 durchs Leben zu gehen, und Kin-
28 dern und älteren Menschen und
29 PartnerInnen ein Zuhause geben.

30

31 Die BayernSPD arbeitet deshalb
32 daran, dass mit einer moder-
33 nen sozialdemokratischen Fami-
34 lienpolitik diese Vielfalt in Zu-

Adressat: SPD-
Landtagsfraktion, Bundes-
parteitag

Annahme

1 kunft besser gelebt werden kann
2 und jeder Form von Familie Si-
3 cherheit und Freiraum gegeben
4 wird. Dabei bleiben selbstver-
5 ständlich unsere Grundwerte Soli-
6 darität, Gerechtigkeit und Freiheit
7 der Maßstab.

8

9 Die Vereinbarkeit von Familie und
10 Beruf muss endlich Wirklichkeit
11 werden. Dies muss für Eltern oder
12 Elternteile und jedes Familien-
13 modell gelten. Niemand soll sich
14 mehr für das eine oder das andere
15 entscheiden müssen. Wir wollen,
16 dass Familie und Berufsleben mit
17 gutem Gewissen besser zu ver-
18 einbaren sind. Wir brauchen ge-
19 setzliche Grundlagen, die diese
20 wirkliche Freiheit, beides zu le-
21 ben, möglich machen.

22

23 Mit einer neuen Familienpolitik,
24 die genau diese Vielfalt unter-
25 stützt und fördert anstatt sie zu
26 verhindern, sollen Bayern und
27 Deutschland familienfreundlich
28 werden. Kinder sind ein wichtiger
29 Bestandteil unserer Gesellschaft.
30 Nur wenn sich jede Familie mit
31 Kindern angenommen fühlt und
32 von Staat und Gesellschaft unter-
33 stützt wird, kann die Bereitschaft
34 steigen, Kinder bekommen zu
35 wollen und für diese Verantwor-
36 tung zu übernehmen. Diejenigen,
37 die noch keine Familie mit Kin-
38 dern gegründet haben, müssen

1 sehen, dass dies ohne faule Kom-
2 promisse zwischen Privatleben
3 und Beruf möglich ist. Wenn sie
4 sich der Unterstützung seitens
5 der Politik sicher sein können,
6 dann fällt die Entscheidung für
7 eine Familie leichter.

8

9 Wichtig für die Gründung einer
10 Familie ist besonders Zeit. Sie
11 spielt eine immer wichtigere Rol-
12 le: Zeit zum Leben, Zeit für Freun-
13 de, Zeit für Entspannung, Zeit
14 für Arbeit, Zeit für bürgerschaftli-
15 ches Engagement und der große
16 Wunsch nach mehr Zeit für die ei-
17 gene Familie. Unser Ziel ist es,
18 diesen Weg gemeinsam mit den
19 Familien zu gehen. Die Bedürfnis-
20 se und Wünsche der Menschen
21 sind für uns die Richtlinie, an der
22 wir uns orientieren, wenn es um
23 moderne Familienpolitik geht. Ei-
24 ne Politik gegen die Interessen
25 von Familien wird es mit uns nicht
26 geben. Für uns als SPD gibt es
27 vier Kernbereiche, die durch neue
28 gesetzliche Grundlagen moderne,
29 bunte und individuelle Familien-
30 modelle möglich machen können.

31

- 32 • Bildung und Betreuung
- 33 • Zeit für Familie und Beruf
- 34 • Gleichstellung aller Lebens-
35 modelle
- 36 • Solidarität für Familie

37

38

- 1 **1. Bildung und Betreuung –**
2 **hochwertig und kostenfrei**
3
- 4 Eine qualitativ gute Betreuung
5 und Bildung gemeinsam mit an-
6 deren Kindern ist sowohl für Kin-
7 der als auch Eltern eine Bereiche-
8 rung.
- 9 In der Familie und in der Ki-
10 ta wird der Grundstein für den
11 weiteren Bildungs- und Lebens-
12 weg gelegt, indem unter ande-
13 rem soziale, sprachliche, kogni-
14 tive und interkulturelle Fähigkei-
15 ten erlernt, Bindungen aufgebaut
16 und individuelle Nachteile ausge-
17 glichen und gefördert werden.
- 18
- 19 Eltern können motiviert und mit
20 gutem Gewissen ihrer beruflichen
21 Tätigkeit nachgehen, ohne sich
22 Sorgen um die Kinder machen zu
23 müssen, und können so das Aus-
24 kommen der Familie mit ihrer Ar-
25 beit sichern.
- 26 Betreuungsstruktur ist Gerechtig-
27 keitsstruktur.
- 28 Moderne Familienpolitik braucht:
- 29 • einen Rechtsanspruch auf ei-
30 nen Ganztagsplatz
 - 31 • eine Qualitätsoffensive für
32 bayerische Kitas
 - 33 • einen Ausbau einer flexiblen
34 Kinderbetreuung bis hin zu
35 24 Stunden täglich, das gan-
36 ze Jahr über
 - 37 • das Ziel muss sein: Kosten-
38 freiheit von Bildung und Be-

1 treuung

2

3 **2. Zeit für Familie und Beruf**

4

5 Zeit ist unverzichtbar für Famili-
6 en. Zeit muss sein für intensive
7 Kindererziehung (eigene, adop-
8 tierte, angeheiratete), gute häusli-
9 che Pflege von Angehörigen, part-
10 nerschaftliche Beziehungen und
11 einfach Zeit, um Freizeit mit der
12 Familie zu verbringen.

13

14 Moderne Familienpolitik braucht:

15

- 16 • einen Rechtsanspruch auf
- 17 Familienarbeitszeit von 30
- 18 Stunden pro Woche
- 19 • eine familienfreundliche Un-
- 20 ternehmenskultur – „Erfolgs-
- 21 faktor Familie“
- 22 • Pflegestützpunkte
- 23 • Mehrgenerationenhäuser
- 24 – Zeit und Raum für jede
- 25 Generation

26

27 **3. Gleichstellung aller Lebens-**
28 **modelle**

29

30 Familie bedeutet für die SPD
31 Partnerschaft und vollständige
32 Gleichstellung der Geschlech-
33 ter in Erziehungsfragen und im
34 Familienleben. Gleichstellung
35 bedeutet aber auch, dass jedes
36 Beziehungs- und Familienmodell
37 den gleichen Wert hat. Es darf
38 keine rechtliche und steuerliche

1 Ungleichbehandlung von homo-
2 und heterosexuellen Paaren
3 geben.

4

5 Moderne Familienpolitik braucht:

6

7 • eine Entgeltgleichheit (Lohn-
8 gerechtigkeit) zwischen den
9 Geschlechtern

10 • ein sozialdemokratisches Fa-
11 miliensplitting statt Ehegat-
12 tensplitting

13 • jenseits klassischer Familien-
14 bilder eine ‚Ehe für alle‘ also
15 die Möglichkeit, auch recht-
16 lich füreinander Verantwor-
17 tung zu übernehmen

18 • ein vollständiges Adopti-
19 onsrecht auch für gleichge-
20 schlechtliche Paare

21

22 **4. Solidarität für Familien**

23

24 Politik und Gesellschaft müssen
25 alle Menschen unterstützen, die
26 sich entscheiden, in welcher Form
27 auch immer, als Familie gemein-
28 sam durchs Leben zu gehen. Die
29 Solidarität muss sich im direkten
30 Umfeld der Familien, z.B. mit auf-
31 suchenden Angeboten von An-
32 fang an, aber auch in der ziel-
33 gerichteten finanziellen Unterstüt-
34 zung zeigen.

35

36 Moderne Familienpolitik braucht:

37

38 • eine Überarbeitung der Fami-

- 1 lienleistungen
- 2 • flächendeckende Familien-
- 3 stützpunkte
- 4 • die interkommunale Zusam-
- 5 menarbeit der Kitas
- 6 • bezahlbares Wohnen für Fa-
- 7 milien

8

9

10 **Begründung**

11

12 **Zu 1.) Bildung und Betreuung –** 13 **hochwertig und kostenfrei**

14

15 **Rechtsanspruch auf einen Ganz-** 16 **tagsplatz**

17

18 Begründung: Wir fordern einen
19 Rechtsanspruch auf einen quali-
20 tativ hochwertigen Ganztagsplatz
21 für Krippe und Kindergarten, für
22 die Grundschule und den Hort.
23 Mindestens bis zum Ende der
24 Grundschulzeit soll jedem der ge-
25 wünschte Ganztagsplatz angebo-
26 ten werden. Nur so können sich
27 Eltern auch nach der Einschu-
28 lung ihrer Kinder darauf verlas-
29 sen, dass ihren Kindern bestmög-
30 liche Bildung und Betreuung zu-
31 gutekommt und eine Vereinbar-
32 keit von Familie und Beruf möglich
33 ist. Die Betreuung in der Kernzeit
34 von Schulbeginn bis 16 Uhr muss
35 dabei für alle Familien kosten-
36 frei sein. Einen Rechtsanspruch
37 gibt es im Bereich der Grundschu-
38 len für gebundene und offene An-

1 gebote, zudem besteht in sämt-
2 lichen weiterführenden Schulen
3 der Anspruch auf einen gebunde-
4 nen Ganztagsplatz.

5

6 **Qualitätsoffensive für bayeri-** 7 **sche Kitas**

8

9 Begründung: Für beste Bildung,
10 Betreuung und Erziehung in
11 bayerischen Kitas fordern wir
12 eine umfassende Qualitätsof-
13 fensive. Denn nur so erhalten
14 alle Kinder individuelle Entwick-
15 lungsmöglichkeiten und beste
16 Startchancen für ihre Zukunft.
17 Bundeseinheitliche Qualitätsstan-
18 dards – bis hin zur Gesetzesform
19 -, zu denen eine gute Fachkraft-
20 Kind-Relation, die Freistellung
21 der Kita-Leitungen und eine
22 ausreichende Finanzierung von
23 Kindertageseinrichtungen gehö-
24 ren, müssen das garantieren.
25 Wir brauchen flächendeckende
26 Programme wie „Schwerpunkt
27 Kitas Sprache und Integration“
28 und eine Weiterentwicklung zu
29 inklusiven Einrichtungen, um
30 alle Kinder auf ihrem individuel-
31 len Entwicklungsweg begleiten
32 und mögliche Defizite frühzeitig
33 ausgleichen zu können. Mehr
34 gut qualifiziertes pädagogisches
35 Personal ist für diese Qualitätsof-
36 fensive notwendig, genauso wie
37 eine gesellschaftliche und finan-
38 zielle Aufwertung der Arbeit der

1 pädagogischen Fachkräfte! Erzie-
2 herInnen und KinderpflegerInnen
3 müssen für die verantwortungs-
4 volle Arbeit, die sie täglich für die
5 Zukunft unserer Jüngsten leis-
6 ten, entsprechend entlohnt und
7 das Berufsfeld somit attraktiver
8 gestaltet werden!

9

10 **Ausbau der flexiblen Kinderbe-** 11 **treuung bis hin zu 24 Stunden** 12 **täglich, das ganze Jahr über**

13

14 Begründung: Ein maximaler
15 Ausbau der Betreuungszeiten
16 muss vielfältige Familienmodelle
17 möglich machen. Besonders die
18 Rand- und Ferienzeiten, müssen
19 wir in den Kindertagesstätten
20 (Kitas) mehr in den Fokus rücken.
21 Wir wollen vor allem Alleiner-
22 ziehende und junge Familien
23 unterstützen, die etwa durch
24 Schichtdienste besonders belas-
25 tet sind und im Moment kaum auf
26 passende Kita-Angebote zurück-
27 greifen können. Das heißt, dass
28 Flexibilität notwendig ist, zum
29 Beispiel mit Hilfe von interkom-
30 munaler Zusammenarbeit. Das
31 Bundesprogramm KitaPlus trägt
32 diesem Anspruch Rechnung.
33 Ganztags/-nachts als Angebot,
34 nicht als ein Muss – so wollen
35 wir die flexiblen Buchungszeiten
36 verstanden wissen, um allen
37 Berufstätigen eine Chance für
38 die Betreuung ihrer Kinder zu

1 geben, um so echte Wahlfrei-
2 heit zu gewährleisten. Dies gilt
3 aber nicht nur in Kitas, sondern
4 auch in Schulen und zwar mit
5 qualifiziertem Fachpersonal.

6

7 **Das Ziel muss sein: Kostenfrei-** 8 **heit von Bildung und Betreuung**

9

10 Begründung: Die Grundlage für
11 Chancengleichheit in der Gesell-
12 schaft bis in das Erwachsenenle-
13 ben hinein ist ein gerechter Zu-
14 gang zu allen Bildungsangeboten
15 von Geburt an. Nur durch qualita-
16 tiv gute Bildung wird den Kindern
17 die Möglichkeit gegeben, in der
18 Gesellschaft mitzuwirken und die-
19 se mitzugestalten. Daher darf kein
20 Kind zurückgelassen oder gar
21 aufgegeben werden. In Deutsch-
22 land hängt der Bildungserfolg von
23 Kindern nach wie vor stark von
24 der sozialen Situation der Eltern
25 ab, deshalb muss das langfristige
26 Ziel sein, den Besuch von Kinder-
27 tageseinrichtungen komplett ge-
28 bührenfrei zu ermöglichen. Das
29 gilt auch für alle Bildungsangebo-
30 te nach dem Kita-Besuch. Je bes-
31 ser die Ausbildung der Kinder ist,
32 umso sicherer wird deren Zukunft
33 im Arbeitsmarkt sein. Ein vorsor-
34 gender Sozialstaat investiert auf
35 diesem Weg in die Zukunft von
36 Beginn an und spart Folgekos-
37 ten durch verschiedenste Sozial-
38 leistungen. Am Beginn des Le-

1 bens müssen mit staatlichen Aus-
2 gaben die richtigen Weichen ge-
3 stellt werden.

4

5 **Zu 2.) Zeit für Familie und Beruf**

6

7 **Rechtsanspruch auf Familienar-** 8 **beitszeit von 30h Stunden pro** 9 **Woche**

10

11 Begründung: Eine partnerschaftli-
12 che Familienarbeitszeit entspricht
13 laut Umfragen den Wünschen der
14 meisten jungen Eltern. Doch häu-
15 fig finden sie sich beruflich noch in
16 alte Rollenverteilungen gedrängt:
17 Viele Väter würden gerne die Ar-
18 beitszeit reduzieren, Mütter wie-
19 derum möchten mehr arbeiten,
20 um ihre eigene Existenz sichern
21 zu können.

22 Deshalb wollen wir eine gleichbe-
23 rechtigte Familienarbeitszeit von
24 30h/Woche für beide Elternteile
25 ermöglichen. Dies ist für uns ein
26 erster Schritt hin zu einer allge-
27 meinen Arbeitszeitverkürzung.
28 Langfristig hilft dieses Modell
29 auch, die nach wie vor große
30 Lücke zwischen den Renten-
31 ansprüchen von Männern und
32 Frauen (Gender Pension Gap)
33 zu schließen und die Berufs-
34 und Karrierechancen von Frauen
35 generell zu verbessern.

36 Dazu soll es einen staatlichen,
37 sozial gestaffelten Lohnausgleich
38 geben, damit besonders Gering-

1 verdiener und Alleinerziehende
2 keine Gehaltseinbußen haben
3 und sich die Zeit für die Familie
4 leisten können.

5

6 **Familienfreundliche Unterneh-** 7 **menskultur – „Erfolgsfaktor** 8 **Familie“**

9

10 Begründung: Gute Arbeit bedeu-
11 tet auch familienfreundliche Ar-
12 beit: unbefristet, gut entlohnt, so-
13 zial abgesichert und mit flexi-
14 blen Arbeitszeitleösungen für El-
15 tern und für Menschen, die An-
16 gehörige pflegen. Gemeinsam mit
17 Arbeitgebern und Gewerkschaf-
18 ten entwickeln wir Konzepte, um
19 in Unternehmen und Betrieben
20 eine familienfreundliche Arbeits-
21 welt zu schaffen. Mit Unterneh-
22 mensnetzwerken wie „Erfolgsfak-
23 tor Familie“ setzen wir uns dafür
24 ein, Ideen und positive Beispie-
25 le für familienfreundliche Struktu-
26 ren in der Arbeitswelt bekannt zu
27 machen und weiter zu verbrei-
28 ten. Davon profitieren auch Un-
29 ternehmen und Belegschaften im
30 Wettbewerb um die besten Fach-
31 kräfte. Dass Familienfreundlich-
32 keit und Erfolg für Unternehmen
33 Hand in Hand gehen (können),
34 muss in Bayern noch stärker ins
35 Bewusstsein rücken. Vor diesem
36 Hintergrund soll sich die Verga-
37 be öffentlicher Aufträge stärker
38 an Aspekten der Familienfreund-

1 lichkeit (Kinderbetreuung, innova-
2 tive Arbeitszeitmodelle für Famili-
3 en) ausrichten.

4

5 **Pflegestützpunkte**

6

7 Begründung: Zur Vereinbarkeit
8 von Familie und Beruf gehört
9 für uns, Zeit für die Umsorgung
10 pflegebedürftiger Angehöriger
11 zu haben. Da diese Aufgabe
12 nicht nur zeitintensiv, sondern
13 auch physisch und psychisch
14 belastend ist, sollen pflegenden
15 Angehörigen verstärkt Beratungs-
16 und Unterstützungsangebote in
17 Form von flächendeckend vor-
18 handenen Pflegestützpunkten,
19 bzw. Beratungsstellen für pfle-
20 gende Angehörige, zur Verfügung
21 stehen. Dort finden Angehörige
22 Informationen aus einer Hand,
23 niedrigschwellige Hilfeangebote
24 der Pflegekassen sowie Kontakt-
25 nummern für den Notfall, die auch
26 nachts erreichbar sind. Zeiten,
27 in denen Angehörige gepflegt
28 werden, müssen als Pflegezeiten,
29 ähnlich wie Erziehungszeiten, bei
30 der Rentenberechnung stärker
31 als bisher berücksichtigt werden.

32

33 **Mehrgenerationenhäuser– Zeit** 34 **und Raum für jede Generation**

35

36 Begründung: Mehrgeneratio-
37 nenhäuser sind zentrale Begeg-
38 nungsorte für Menschen jedes

1 Alters mit unterschiedlicher Her-
2 kunft, kulturellem oder sozialem
3 Hintergrund. Hier wird das Mit-
4 einander der Generationen aktiv
5 gelebt: Jüngere helfen Älteren
6 und umgekehrt. Gemeinsame
7 Aktivitäten bieten Raum für ge-
8 genseitigen Austausch, schaffen
9 und bewahren Alltagskompeten-
10 zen und eröffnen neue Horizonte.
11 Bundesweit tragen 450 Mehrge-
12 nerationenhäuser, davon allein
13 79 in Bayern, zur sozialen Inte-
14 gration bei und stärken tagtäglich
15 den Zusammenhalt direkt vor
16 Ort. Mehrgenerationenhäuser
17 haben ein starkes Fundament
18 durch vielfältige Formen des Bür-
19 gerschaftlichen Engagements,
20 welches wir weiter stärken wol-
21 len. In Ergänzung dazu wollen
22 wir mit Blick auf den demogra-
23 fischen Wandel das bewährte
24 Konzept der Mehrgenerationen-
25 häuser weiter ausbauen und
26 mit Angeboten sozialer Bera-
27 tung ergänzen, indem wir dort
28 Anknüpfungspunkte für weite-
29 re Unterstützungsformen wie
30 Pflege- und Familienstützpunkte
31 schaffen.

32

33 **Zu 3.) Gleichstellung aller Le-**
34 **bensmodelle**

35

36 **Entgeltgleichheit zwischen den**
37 **Geschlechtern**

38

1 Begründung: Frauen verdienten
2 2014 in Deutschland im Durch-
3 schnitt etwa 22 Prozent weniger
4 als Männer und in Bayern sogar
5 24 Prozent weniger. Damit liegen
6 Deutschland und Bayern deutlich
7 über dem EU-Durchschnitt von
8 16,3 Prozent.

9 Mehr als die Hälfte dieser Lücke
10 ist nicht durch die geringere Be-
11 zahlung sogenannter Frauenbe-
12 rufe zu erklären.

13 Sie ist ein Kernindikator für die
14 fortbestehende Ungleichbehand-
15 lung von Frauen im Erwerbsleben
16 und bremst die Erwerbsbeteili-
17 gung von Frauen. Diese Ungleich-
18 behandlung werden wir been-
19 den durch ein Entgeltgleichheits-
20 gesetz, welches gleichen Lohn für
21 gleiche Arbeit voraussetzt.

22

23 **Sozialdemokratisches Familien-** 24 **splitting statt Ehegattensplitting**

25

26 Begründung: Vom Ehegattensplit-
27 ting profitieren vor allem Ehen mit
28 einem Alleinverdiener oder mit
29 hohen Einkommensunterschie-
30 den zwischen den Partnern. Das
31 Ehegattensplitting setzt damit,
32 gemeinsam mit der kostenfreien
33 Mitversicherung von Ehegatten
34 in der Krankenversicherung,
35 Anreize dafür, vor allem Frauen
36 vom Arbeitsmarkt fernzuhalten
37 oder in Minijobs zu verdrängen.
38 Mit gravierenden Folgen für

1 ihre Unabhängigkeit und ihre
2 Alterssicherung. Außerdem be-
3 günstigt es hohe Einkommen
4 überproportional.

5 Bei neu geschlossenen Ehen und
6 Partnerschaften sollen die Part-
7 ner einzeln besteuert werden, es
8 können aber Unterhaltsverpflich-
9 tungen steuermindernd geltend
10 gemacht werden. Wer in einer fes-
11 ten Partnerschaft Verantwortung
12 trägt, zahlt also weniger Steuern
13 als Singles, aber ohne dass es zu
14 einer Bestrafung gleichberechtig-
15 ter Erwerbstätigkeit kommt!

16 Für bestehende Ehen und Part-
17 nerschaften, in denen die Partner
18 ihre Lebensentscheidungen zum
19 Teil vor Jahrzehnten getroffen ha-
20 ben, bleibt es beim Splitting.

21 Die Umsteuerung gilt nur für die
22 Zukunft. Wir nehmen also keinem
23 Ehepaar etwas weg, sondern re-
24 spektieren den Lebensweg, für
25 den sich Männer und Frauen vor
26 (vielen) Jahren entschieden ha-
27 ben.

28

29 **„Ehe für alle“**

30

31 Begründung: Wer heiraten will,
32 muss auch heiraten dürfen –
33 das ist unsere klare Forderung.
34 Die Diskriminierung homosexuel-
35 ler Paare muss aufhören, denn
36 gesellschaftlich ist die „Ehe für
37 alle“ längst akzeptiert und nun
38 muss endlich auch die Geset-

1 zeslage angepasst werden. Eine
2 komplette Gleichstellung gleich-
3 geschlechtlicher Paare, so wie
4 in vielen unserer Nachbarländer,
5 gehört für die SPD unbedingt zu
6 einer modernen Familienpolitik,
7 die niemanden benachteiligt. Bay-
8 ern signalisiert damit Weltoffen-
9 heit und Toleranz, beides ist für
10 eine moderne Gesellschaft heu-
11 te zwingend notwendig und die
12 „Ehe für alle“ setzt ein deutli-
13 ches Zeichen in diese Richtung.
14 Es darf niemand wegen seiner
15 sexuellen Orientierung benachtei-
16 ligt werden, weder rechtlich noch
17 gesellschaftlich, und das Fest-
18 halten an Traditionen ist in die-
19 sem Fall bereits vom gesellschaft-
20 lichen Konsens überholt worden.

21

22 **Vollständiges Adoptionsrecht** 23 **auch für gleichgeschlechtliche** 24 **Paare**

25

26 Begründung: Das Wohl des Kin-
27 des steht für uns im Mittelpunkt
28 aller familienpolitischen Forderun-
29 gen. Es gibt keinen vernünftigen
30 Grund dafür, dass bisher
31 nur Ehepaare und Einzelperso-
32 nen ein Kind adoptieren können,
33 nicht aber homosexuelle Paare.
34 Unsere vielfältigen Familienmo-
35 delle sind nicht per se besser
36 oder schlechter als das traditio-
37 nelle Modell von Vater, Mutter
38 und Kind(ern). Die Sukzessivad-

1 option – Partner in eingetragenen
2 Lebensgemeinschaften können
3 ein bereits von einem der
4 beiden adoptiertes Kind nachträglich
5 auch adoptieren – akzeptieren
6 wir allenfalls als Übergangslösung.
7 Das ist nur ein Schritt auf
8 dem Weg hin zu einem hundertprozentigen
9 Adoptionsrecht.

10

11 **Zu 4.) Solidarität für Familien**

12

13 **Überarbeitung der Familienleistungen**

14

15
16 Begründung: Das bisherige System
17 der Familienleistungen gehört
18 auf den Prüfstand. Eine Bewertung
19 aller familienpolitischen Leistungen
20 aus dem Jahr 2014 hat ergeben,
21 dass zwar sehr viel umverteilt wird,
22 aber viele Maßnahmen keine gezielte
23 Wirkung haben. Deshalb sollen wirksame
24 Leistungen ausgebaut und unwirksame
25 abgebaut werden. Jedes fünfte
26 Kind in Deutschland ist von Armut
27 bedroht. Das wollen wir ändern
28 mit einem neuen gerechten Kindergeld,
29 das eine wirkliche Entlastungsperspektive
30 am unteren Rand der Einkommensskala
31 eröffnet.

32

33
34
35 Mit dem sozialdemokratischen
36 Familiensplitting sollen deshalb
37 zukünftig die Kinder bei der Besteuerung
38 aller Eltern unabhängig

1 von der Familienform berücksich-
2 tigt werden. Es soll ein gerechtes
3 Steuersystem entstehen, das
4 Eltern mit kleinem und geringem
5 Einkommen nicht schlechter
6 stellt als Eltern mit hohem Ein-
7 kommen. Wir brauchen eine
8 zielgenauere Förderung von Al-
9 leinerziehenden, damit diese von
10 ihrem Einkommen besser leben
11 können. Mit einem Steuerabzug
12 anstelle des Entlastungsbetrags
13 sollen Alleinerziehende mehr
14 Netto vom Brutto erhalten. Mit ei-
15 nem gestaffelten Kindergeld, das
16 gerechter ausgestaltet ist, sollen
17 Eltern spürbar und zielgenau
18 unterstützt werden.

19

20 In Kombination mit dem Bildungs-
21 teilhabepaket für alle Kinder an
22 qualitativ hochwertigen Angebo-
23 ten von der Krippe bis zur Ganz-
24 tagsschule ist das gestaffelte Kin-
25 dergeld ein erster Schritt zu ei-
26 ner teilhabeorientierten Kinder-
27 grundsicherung, damit Kinder un-
28 abhängig vom Einkommen der
29 Eltern gerechte Zukunftschancen
30 haben.

31

32 **Flächendeckende Familienstütz-** 33 **punkte**

34

35 Begründung: Hilfs- und Bera-
36 tungsangebote für Familien gibt
37 es heute in vielfältigster Form.
38 Die Frage ist nur, wie man an die

1 richtige Stelle kommt. Dafür brau-
2 chen wir Familienanlaufstellen in
3 unseren Städten und Gemeinden,
4 gerade auch in den kleineren.
5 Dort findet niederschwellige
6 Beratung statt, bei konkreten
7 Problemen wird individuell gehol-
8 fen, durch Kontinuität können die
9 Mitarbeiter Vertrauen aufbauen
10 und in den Familien sind sie
11 anerkannte Bezugspersonen.
12 Zusammenarbeit in geschützter
13 Atmosphäre ist durch nichts zu
14 ersetzen und kann wertvolle
15 Dienste leisten. Kinder brauchen
16 Halt und Orientierung, Freiheit
17 und Zuverlässigkeit und wo Eltern
18 das alleine nicht mehr schaffen,
19 müssen staatliche Stellen sie be-
20 gleiten. Diese Familienstützpunk-
21 te könnten eine Lotsenfunktion
22 in den Landkreisen übernehmen,
23 um den Zugang zu Kinder- und
24 Jugendhilfeleistungen möglichst
25 einfach zu machen.

26

27 **Interkommunale Zusammenar-** 28 **beit Kitas**

29

30 Begründung: Die SPD legt großen
31 Wert auf die Stärkung ländlicher
32 Regionen. Kinder brauchen nicht
33 nur in der Stadt möglichst fle-
34 xible Betreuungszeiten, sondern
35 selbstverständlich überall in Bay-
36 ern. In Städten ist dieses Ziel
37 leichter erreichbar, auf dem Land
38 tut man sich schwerer. Die Lö-

1 sung sehen wir in der verstärk-
2 ten interkommunalen Zusammen-
3 arbeit von kleineren Gemeinden.
4 So wie sie bisher zusammen
5 mit Nachbarkommunen verschie-
6 dene Modelle angeboten haben,
7 was die Inhalte der Betreuung
8 betrifft, so sollen jetzt auch die
9 Betreuungszeiten je nach Bedarf
10 ausgebaut werden. Alle müssen
11 die gleichen Möglichkeiten haben,
12 egal wo sie wohnen.

13 Nicht jede Kita wird 24 Stun-
14 den täglich öffnen können, doch
15 ein gewisser Grad der zeitlichen
16 Abdeckung, gerade auch in den
17 Ferien, muss möglich sein, zu-
18 mindest im näheren Umkreis des
19 Wohnortes. Inhaltliche und zeit-
20 liche Flexibilität sind Faktoren,
21 mit denen kleine Kommunen ihr
22 Kita-Angebot möglichst passge-
23 nau den Eltern anbieten können.
24 Im Notfall muss immer eine Be-
25 treuung gewährleistet sein, das
26 gibt Familien ein sicheres Gefühl.

27

28 **Bezahlbares Wohnen für Famili-** 29 **en**

30

31 Begründung: Zunehmend sind
32 Familien, nicht nur aus unte-
33 ren Einkommenschichten, auf
34 soziale Wohnraumförderung
35 angewiesen. Es darf nicht sein,
36 dass Familien in Ballungsge-
37 bieten bis zu 50 Prozent ihres
38 Einkommens allein für die Miete

1 aufbringen müssen. Das Geld
2 muss vielmehr für das gemeinsa-
3 me Familienleben zur Verfügung
4 stehen. Daher setzen wir uns
5 für die Förderung kommunaler
6 Wohnungsbaugesellschaften und
7 Wohnungsgenossenschaften ein,
8 die bezahlbaren Wohnraum für
9 Familien ermöglichen.
10 Dabei wollen wir neue und al-
11 ternative Wohnprojekte, wie etwa
12 WGs der verschiedenen Genera-
13 tionen unterstützen. Hierfür kön-
14 nen die Erlöse aus dem Verkauf
15 der GBW-Wohnungen aufgewen-
det werden.

16 **Antrag 2/I/2016**
17 **AntragsstellerIn: Jusos Bayern**

18
19 **Für eine progressive Familien-**
20 **und Gesellschaftspolitik**

21
22 Die Sozialdemokratie steht wie
23 keine andere politische Bewe-
24 gung für die Gleichstellung unter-
25 schiedlicher Lebensentwürfe und
26 das Selbstbestimmungsrecht ei-
27 nes_einer jeden einzelnen. Dazu
28 gehört für uns eine moderne Fa-
29 milienpolitik, die beide Elternteile
30 gleichermaßen in die Verantwor-
31 tung nimmt sowie eine moderne
32 Arbeitsmarktpolitik, die allen Men-
33 schen ausreichend Zeit außer-
34 halb ihres Arbeitsplatzes lässt.

35
36

Adressat: Bundesparteitag

1 **Verpflichtung zur hälftigen Teil-**
2 **lung der Elternzeit – Abschaf-**
3 **fung der Herdprämie**

4
5 In unserer Vorstellung sind bei-
6 de Elternteile gleichermaßen für
7 die Erwerbsarbeit und die Fami-
8 lienarbeit verantwortlich und soll-
9 ten jeweils in beiden Bereichen ih-
10 ren Anteil leisten. Bisher nehmen
11 Väter meist nur die zwei Mona-
12 te Elternzeit, die notwendig sind,
13 um für 14 Monate Elterngeld zu
14 bekommen. Wir fordern, dass der
15 Auszahlungszeitraum des Eltern-
16 geldes pro Elternteil max. sieben
17 Monate beträgt. Alleinerziehende
18 müssen das Elterngeld über die
19 vollen 14 Monate ausgezahlt be-
20 kommen.

21
22 Das Betreuungsgeld muss sofort
23 abgeschafft werden. Ein Anreiz
24 für das Fernhalten von Kindern
25 von Bildungs- und Betreuungsein-
26 richtungen kann und darf niemals
27 das Ziel sozialdemokratischer Fa-
28 milienpolitik sein!

29
30 **Familienarbeitszeit**

31
32 Wir unterstützen die Absicht von
33 Manuela Schwesig ein Arbeits-
34 modell für Familien einzuführen.
35 Beide Elternteile müssen die
36 Möglichkeit haben, ihre Arbeits-
37 zeit für einige Zeit zu reduzieren
38 und sich so die Familien- und

1 Hausarbeit zu teilen.
2 Eine Familienarbeitszeit von je-
3 weils 30 Stunden wäre ein gu-
4 ter Schritt in Richtung einer gene-
5 relen Arbeitszeitverkürzung und
6 würde beiden Elternteilen eine
7 Verwirklichung im Beruf und aus-
8 reichend Teilhabe am Familienle-
9 ben ermöglichen. Wir fordern des-
10 halb, dass es Eltern ermöglicht
11 wird ihre Arbeit auf 30 Stunden zu
12 reduzieren. Familienarbeit ist eine
13 gesellschaftliche Arbeit. Der Ver-
14 dienstausfall ist daher aus Steuer-
15 geldern zu finanzieren. Auf diese
16 Familienarbeitszeit müssen alle
17 ArbeitnehmerInnen einen Rechts-
18 anspruch haben, ebenso wie auf
19 die Rückkehr zur Vollzeit.

20

21 **Generelle Arbeitszeitverkürzung** 22 **– Wir fordern die 30-Stunden-** 23 **Woche!**

24

25 Es ist wichtig, dass Menschen Ar-
26 beit haben um finanziell unab-
27 hängig zu sein. Trotzdem dürfen
28 die Möglichkeit der ständigen Er-
29 reichbarkeit und die flexiblere Ein-
30 teilung der Arbeit nicht dazu füh-
31 ren, dass alle immer mehr ar-
32 beiten. Wir fordern deshalb ge-
33 meinsam mit den Gewerkschaf-
34 ten langfristig eine generelle Ar-
35 beitszeitverkürzung auf 30 Stun-
36 den – damit noch Zeit für Familie,
37 ehrenamtliches Engagement und
38 Freizeit bleibt.

1

2 **Bildung von Anfang an**

3

4 Kindertagesstätten und Kinder-
5 gärten sind mehr als reine Kinder-
6 betreuung – sie sind Bildungsein-
7 richtungen. Um echte Chancen-
8 gleichheit zu gewährleisten muss
9 es allen Kindern ermöglicht wer-
10 den, an diesem Bildungsange-
11 bot teilzuhaben. Bildungseinrich-
12 tungen müssen deshalb vom ers-
13 ten Tag an kostenlos sein und
14 durch Steuergelder und damit
15 durch die Gemeinschaft finanziert
16 werden. Ein an bestimmte Be-
17 dingungen wie Kirchenzugehörig-
18 keit gebundenes Angebot, darf öf-
19 fentliche Angebote lediglich er-
20 gänzen, nicht ersetzen. Bund und
21 Länder müssen den Kommunen
22 ausreichend finanzielle Mittel zur
23 Verfügung stellen um dies zu ge-
24 währleisten. Für Kinder ab 3 Jah-
25 ren soll der Besuch eines Kinder-
26 gartens verpflichtend sein.

27

28 Aber auch für Kinder im Alter von
29 ein und zwei Jahren darf es nicht
30 nur einen Rechtsanspruch geben,
31 auf den im Falle einer Klage Jah-
32 re später eine Entschädigungs-
33 leistung gezahlt wird. Dies hilft
34 den Betroffenen in ihrer konkre-
35 ten Lebenssituation nicht und er-
36 füllt auch nicht den mit der Einfüh-
37 rung des Rechtsanspruchs inten-
38 dierten gesellschaftlichen Zweck.

1 Es muss vor allem sichergestellt
2 werden, dass dieser Rechtsan-
3 spruch für jedes Kind umgesetzt
4 werden kann und jedes Kind auch
5 faktisch einen Krippen- bzw. Kita-
6 Platz erhält.

7

8 Daneben muss auch die Betreu-
9 ung von Kindern unter einem Jahr
10 ermöglicht werden. Die Bereit-
11 stellung entsprechender Betreu-
12 ungsangebote, die auch der früh-
13 kindlichen Bildung zu dienen ha-
14 ben, darf dabei nicht privaten und
15 kirchlichen Anbietern allein über-
16 lassen werden. Hierfür bedarf es
17 eines massiven Ausbaus staatli-
18 cher Angebote. Krippen müssen
19 ausgebaut und mehr ErzieherIn-
20 nen ausgebildet werden. Der Er-
21 zieherInnenberuf an sich muss
22 deutlich attraktiver gestaltet wer-
23 den, damit mehr Menschen sich
24 dazu entschließen, eine Erzie-
25 herInnenausbildung zu durchlau-
26 fen und dadurch zu ermöglichen,
27 dass mehr ErzieherInnen eige-
28 stellt werden können, um so al-
29 len Kindern eine qualitativ hoch-
30 wertige Kinderbetreuung bei an-
31 gemessenen Gruppengrößen zu
32 ermöglichen.

33

34 **Echte Ganztagesangebote mit**
35 **der notwendigen Ausstattung**

36

37 Kinderbetreuungseinrichtungen
38 müssen ganztägige und ganzjäh-

1 rige Betreuung ermöglichen. Die
2 rhythmisierte Ganztageschule
3 muss die Regel werden. Es geht
4 nicht darum, Kinder im Anschluss
5 an den Unterricht zu betreuen,
6 sondern ein pädagogisches Kon-
7 zept mit einem Wechsel von Lern-
8 und Freizeitphasen umzusetzen.
9 Von öffentlicher Seite sind ent-
10 sprechend notwendige finanzielle
11 und personelle Ressourcen dafür
12 bereitzustellen.

13

14 **Familiensplitting statt Ehegat-** 15 **tensplitting**

16

17 Das Ehegattensplitting ist voll-
18 kommen veraltet und fördert ei-
19 ne bestimmte Form des Zusam-
20 menlebens, ohne dass die Ge-
21 sellschaft von dieser Form stärker
22 profitiert als von anderen. Wir wol-
23 len deswegen die Abschaffung
24 des Ehegattensplittings.

25

26 **Gleichstellung von „Regenbo-** 27 **genfamilien“ und Öffnung der** 28 **Ehe**

29

30 Die Orientierung der Familienpo-
31 litik an Kindern bedeutet auch,
32 dass homosexuellen Paaren end-
33 lich das gleiche Adoptionsrecht
34 zusteht, wie heterosexuellen Paa-
35 ren. Es geht um die Interessen
36 und das Wohl der Kinder und nicht
37 um das Festhalten an konserva-
38 tiven und starren Familienbildern.

1 Gleichzeitig muss die Ehe endlich
2 für homosexuelle Paare geöffnet
3 werden.

4

5 **Langfristig Bedarfsgemein-**
6 **schaft abschaffen**

7

8 Wir wollen emanzipierte Mitglie-
9 der der Gesellschaft, die für sich
10 selber sorgen können und von ih-
11 rer_ihrem Partner_in unabhängig
12 sind. Die Orientierung an Be-
13 darfsgemeinschaften und damit
14 an einem Haushaltsvorstand in
15 der Sozialpolitik verhindert aber
16 dies gerade. Es ist zudem unver-
17 ständlich weshalb unverheiratet
18 zusammen lebenden Partnern
19 die steuerliche Privilegierung
20 einer Ehe vorenthalten wird, sie
21 aber im Falle sozialer Härten
22 finanziell einer Ehe gleichgestellt
23 sind. Deshalb wollen wir auf
24 lange Sicht die Bedarfsgemein-
25 schaft als grundsätzliche Regel
26 abschaffen.

27 **Antrag 3/I/2016**

28 **AntragsstellerIn: SPD Unterbe-**
29 **zirk Würzburg Stadt**

30

31 **Für eine progressive Familien-**
32 **und Gesellschaftspolitik**

33

34 Die Sozialdemokratie steht wie
35 keine andere politische Bewe-
36 gung für die Gleichstellung unter-

Adressat: Bundesparteitag

1 schiedlicher Lebensentwürfe und
2 das Selbstbestimmungsrecht ei-
3 nes_einer jeden einzelnen. Dazu
4 gehört für uns eine moderne Fa-
5 milienpolitik, die beide Elternteile
6 gleichermaßen in die Verantwor-
7 tung nimmt sowie eine moderne
8 Arbeitsmarktpolitik, die allen Men-
9 schen ausreichend Zeit außer-
10 halb ihres Arbeitsplatzes lässt.

11

12 Verpflichtung zur hälftigen Teilung
13 der Elternzeit – Abschaffung der
14 Herdprämie

15

16 In unserer Vorstellung sind bei-
17 de Elternteile gleichermaßen für
18 die Erwerbsarbeit und die Fami-
19 lienarbeit verantwortlich und soll-
20 ten jeweils in beiden Bereichen ih-
21 ren Anteil leisten. Bisher nehmen
22 Väter meist nur die 2 Monate El-
23 ternzeit, die notwendig sind um für
24 14 Monate Elterngeld zu bekom-
25 men. Wir fordern, dass der Aus-
26 zahlungszeitraum des Elterngel-
27 des pro Elternteil max. 7 Monate
28 beträgt. Alleinerziehende müssen
29 das Elterngeld über die vollen 14
30 Monate ausgezahlt bekommen.

31 Das Betreuungsgeld hingegen
32 muss sofort abgeschafft werden.
33 Ein Anreiz für das Fernhalten
34 von Kindern von Bildungs- und
35 Betreuungseinrichtungen kann
36 und darf niemals das Ziel sozi-
37 aldemokratischer Familienpolitik
38 sein!

1
2 Familienarbeitszeit
3
4 Wir unterstützen die Absicht von
5 Manuela Schwesig ein Arbeits-
6 modell für Familien einzuführen.
7 Beide Elternteile müssen die
8 Möglichkeit haben, ihre Arbeits-
9 zeit für einige Zeit zu reduzieren
10 und sich so die Familien- und
11 Hausarbeit zu teilen.
12 Eine Familienarbeitszeit von
13 jeweils 30 Stunden wäre ein
14 guter Schritt in Richtung einer
15 generellen Arbeitszeitverkürzung
16 und würde beiden Elternteilen
17 eine Verwirklichung im Beruf und
18 ausreichend Teilhabe am Famili-
19 enleben ermöglichen. Wir fordern
20 deshalb, dass es Eltern ermög-
21 licht wird ihre Arbeit auf 30 Stun-
22 den zu reduzieren. Familienarbeit
23 ist eine gesellschaftliche Arbeit.
24 Der Verdienstausfall ist daher aus
25 Steuergeldern zu finanzieren. Auf
26 diese Familienarbeitszeit müssen
27 alle Arbeitnehmer_innen einen
28 Rechtsanspruch haben, ebenso
29 wie auf die Rückkehr zur Vollzeit.
30 Generelle Arbeitszeitverkürzung
31 – Wir fordern die 30-Stunden-
32 Woche!
33
34 Es ist wichtig, dass Menschen Ar-
35 beit haben um finanziell unab-
36 hängig zu sein. Trotzdem dürfen
37 die Möglichkeit der ständigen Er-
38 reichbarkeit und die flexiblere Ein-

1 teilung der Arbeit nicht dazu füh-
2 ren, dass alle immer mehr ar-
3 beiten. Wir fordern deshalb ge-
4 meinsam mit den Gewerkschaf-
5 ten langfristig eine generelle Ar-
6 beitszeitverkürzung auf 30 Stun-
7 den – damit noch Zeit für Familie,
8 ehrenamtliches Engagement und
9 Freizeit bleibt.

10 Wir fordern die BayernSPD auf,
11 endlich geeignete Schritte zu un-
12 ternehmen, um den Parteitags-
13 beschluss auf Verkürzung der
14 wöchentlichen Arbeitszeit auf 30
15 Stunden durchzusetzen.

16

17 **Bildung von Anfang an**

18

19

20 Kindertagesstätten und Kinder-
21 gärten sind mehr als reine Kinder-
22 betreuung – sie sind Bildungsein-
23 richtungen. Um echte Chancen-
24 gleichheit zu gewährleisten muss
25 es allen Kindern ermöglicht wer-
26 den, an diesem Bildungsange-
27 bot teilzuhaben. Bildungseinrich-
28 tungen müssen deshalb vom ers-
29 ten Tag an kostenlos sein und
30 durch Steuergelder und damit
31 durch die Gemeinschaft finanziert
32 werden. Ein an bestimmte Be-
33 dingungen wie Kirchenzugehörig-
34 keit gebundenes Angebot, darf öf-
35 fentliche Angebote lediglich er-
36 gänzen, nicht ersetzen. Bund und
37 Länder müssen den Kommunen
38 ausreichend finanzielle Mittel zur

1 Verfügung stellen um dies zu ge-
2 währleisten. Für Kinder ab 3 Jah-
3 ren soll der Besuch eines Kinder-
4 gartens verpflichtend sein.

5

6 Aber auch für Kinder im Alter von
7 ein und zwei Jahren darf es nicht
8 nur einen Rechtsanspruch geben,
9 auf den im Falle einer Klage Jah-
10 re später eine Entschädigungs-
11 leistung gezahlt wird. Dies hilft
12 den Betroffenen in ihrer konkre-
13 ten Lebenssituation nicht und er-
14 füllt auch nicht den mit der Einfüh-
15 rung des Rechtsanspruchs inten-
16 dierten gesellschaftlichen Zweck.
17 Es muss vor allem sichergestellt
18 werden, dass dieser Rechtsan-
19 spruch für jedes Kind umgesetzt
20 werden kann und jedes Kind auch
21 faktisch einen Krippen- bzw. Kita-
22 Platz erhält.

23

24 Daneben muss auch die Betreu-
25 ung von Kindern unter einem Jahr
26 ermöglicht werden. Die Bereit-
27 stellung entsprechender Betreu-
28 ungsangebote, die auch der früh-
29 kindlichen Bildung zu dienen ha-
30 ben, darf dabei nicht privaten und
31 kirchlichen Anbietern allein über-
32 lassen werden. Hierfür bedarf es
33 eines massiven Ausbaus staatli-
34 cher Angebote. Krippen müssen
35 ausgebaut und mehr ErzieherIn-
36 nen ausgebildet werden. Der Er-
37 zieherInnenberuf an sich muss
38 deutlich attraktiver gestaltet wer-

1 den, damit mehr Menschen sich
2 dazu entschließen, eine Erzie-
3 herInnenausbildung zu durchlau-
4 fen und dadurch zu ermöglichen,
5 dass mehr ErzieherInnen einge-
6 stellt werden können, um so al-
7 len Kindern eine qualitativ hoch-
8 wertige Kinderbetreuung bei an-
9 gemessenen Gruppengrößen zu
10 ermöglichen.

11

12 **Echte Ganztagesangebote mit** 13 **der notwendigen Ausstattung**

14

15 Kinderbetreuungseinrichtungen
16 müssen ganztägige und ganzjäh-
17 rige Betreuung ermöglichen. Die
18 rhythmisierte Ganztagesesschule
19 muss die Regel werden. Es geht
20 nicht darum, Kinder im Anschluss
21 an den Unterricht zu betreuen,
22 sondern ein pädagogisches Kon-
23 zept mit einem Wechsel von Lern-
24 und Freizeitphasen umzusetzen.
25 Von öffentlicher Seite sind ent-
26 sprechend notwendige finanzielle
27 und personelle Ressourcen dafür
28 bereitzustellen.

29

30 **Familiensplitting statt Ehegat-** 31 **tensplitting**

32

33 Das Ehegattensplitting ist voll-
34 kommen veraltet und fördert ei-
35 ne bestimmte Form des Zusam-
36 menlebens, ohne dass die Ge-
37 sellschaft von dieser Form stär-
38 ker profitiert als von anderen. Ge-

1 fördert werden müssen Familien
2 – und Familie ist da, wo Kinder
3 sind. Wir wollen deswegen die Ab-
4 schaffung des Ehegattensplittings
5 und fordern stattdessen ein Fami-
6 liensplitting, das allen zusteht, die
7 mit Kindern zusammenleben und
8 für diese sorgen.

9

10 **Gleichstellung von „Regenbo-** 11 **genfamilien“ und Öffnung der** 12 **Ehe**

13

14 Die Orientierung der Familienpo-
15 litik an Kindern bedeutet auch,
16 dass homosexuellen Paaren end-
17 lich das gleiche Adoptionsrecht
18 zusteht, wie heterosexuellen Paa-
19 ren. Es geht um die Interessen
20 und das Wohl der Kinder und nicht
21 um das Festhalten an konserva-
22 tiven und starren Familienbildern.
23 Gleichzeitig muss die Ehe endlich
24 für homosexuelle Paare geöffnet
25 werden.

26

27 **Langfristig Bedarfsgemein-** 28 **schaft abschaffen**

29

30 Wir wollen emanzipierte Mitglie-
31 der der Gesellschaft, die für sich
32 selber sorgen können und von ih-
33 rer_ihrem Partner_in unabhängig
34 sind. Die Orientierung an Be-
35 darfsgemeinschaften und damit
36 an einem Haushaltsvorstand in
37 der Sozialpolitik verhindert aber
38 dies gerade. Es ist zudem unver-

1 ständlich weshalb unverheiratet
2 zusammen lebenden Partnern
3 die steuerliche Privilegierung
4 einer Ehe vorenthalten wird, sie
5 aber im Falle sozialer Härten
6 finanziell einer Ehe gleichgestellt
7 sind. Deshalb wollen wir auf
8 lange Sicht die Bedarfsgemein-
9 schaft als grundsätzliche Regel
10 abschaffen.
11

12 **Antrag 4/I/2016**
13 **AntragsstellerIn: SPD Bezirk**
14 **Oberfranken**

15
16 **Seniorenpolitisches Gesamt-**
17 **konzept der SPD**

18
19 Die Delegierten beschließen, sich
20 in allen SPD-Gremien dafür ein-
21 zusetzen, dass sowohl die Bay-
22 ernSPD als auch die Bundes-
23 SPD ein umfassendes **senio-**
24 **renpolitisches Gesamtkonzept**
25 (SPD-Senioren-Programm) erar-
26 beitet und beschließt. Dieses soll
27 vornehmlich Antworten auf die
28 Sorgen der „jungen Alten“ ge-
29 ben, sich also nicht nur mit Pfl-
30 ege und Rente befassen, sondern
31 vor allem um die **Daseinsvor-**
32 **sorge für Senioren** (Barrierefrei-
33 heit in Wohnungen, Geschäften
34 und im öffentlichen Raum, se-
35 niorengerechte Stadtplanung und
36 Mobilitätsinfrastruktur, sowie me-

Adressat: Bundesparteitag

1 dizinische Versorgung und kom-
2 munaler Service, z. B. Senioren-
3 Lotsen).

4 In die Erarbeitung dieses Pro-
5 gramms sind auch alle 60pus-
6 Gliederungen und die sozialde-
7 mokratischen Fachpolitiker aus
8 Bezirks-, Stadt- und Kreisräten
9 sowie Land- und Bundestag ein-
10 zubinden.

11

12

13 **Begründung**

14

15 Alt ist nicht gleich alt. Die Soziolo-
16 gen haben inzwischen eine neue
17 Lebensphase entdeckt: die **jun-**
18 **gen Alten**. Die jungen Alten, die
19 geistig und körperlich mobil sind
20 und die aktiv am gesellschaftli-
21 chen Leben teilnehmen. Auch die
22 Aktiven in der AG 60plus gehö-
23 ren zu diesen jungen Alten, 60 bis
24 über 90 Jahre jung.

25

26 Diese jungen Alten sollten auch
27 eine bevorzugte Zielgruppe der
28 SPD sein. Denn sie gehen mehr
29 als andere Altersgruppen zu
30 Wahl. Und wir als SPD werden
31 von ihnen auch häufiger gewählt.

32

33 Grund genug, sich um die Sor-
34 gen der jungen Alten zu küm-
35 mern. Ihre größte ist, ihre Un-
36 abhängigigkeit zu behalten. Ihre
37 **Autonomie** ist ihnen am wichtigs-
38 ten. Diese sehen sie als ihr **per-**

1 **sönliches Grundrecht** an, dar-
2 um kämpfen sie. Und die SPD
3 sollte sie dabei unterstützen.
4
5 Wie? Die Kommunen müssen
6 eine **Daseinsvorsorge für Se-**
7 **nioren** schaffen und nachhal-
8 tig gewährleisten. Dazu gehö-
9 ren Barrierefreiheit in Wohnun-
10 gen, Geschäften und im öffentli-
11 chen Raum sowie eine senioren-
12 gerechte Stadtplanung und Mobi-
13 litätsinfrastruktur. Aber auch die
14 medizinische Versorgung und ein
15 kommunaler Service, der Licht
16 in die Vielfalt der kommerziellen
17 und zivilgesellschaftlichen Ange-
18 bote für Senioren bringt, z. B.
19 durch **Senioren-Lotsen** in den
20 Kommunen.
21
22 Die SPD in Land und Bund
23 muss endlich Farbe bekennen
24 und ein **umfassendes** senioren-
25 politisches Programm erarbeiten
26 und beschließen. Nur zur Pflege
27 und zur Rente Stellung zu neh-
28 men, reicht bei weitem nicht aus.
29 Das ist zu kurz gesprungen. Über
30 90% der Senioren sind „junge Al-
31 te“, daher muss deren Sorge um
32 ihre **Unabhängigkeit und Auto-**
33 **nomie** im Mittelpunkt des SPD-
34 Senioren-Programms stehen.

1 **Antrag 5/I/2016**

2 **AntragsstellerIn: SPD Bezirk**

3 **Oberfranken**

4

5 **Gleichstellung gleichge-**
6 **schlechtlicher Lebenspart-**
7 **nerschaften mit der Ehe**

8

9 Wir fordern die SPD mit ihren zu-
10 ständigen Gremien dazu auf, da-
11 für Sorge zu tragen, dass homo-
12 sexuelle Paare die gleichen Rech-
13 te erhalten wie Ehepaare. Hierbei
14 muss auf eine Verfassungsände-
15 rung hingewirkt werden und somit
16 auch die Definition der Ehe geän-
17 dert werden.

18

19 Es gibt diverse Beispiele bei de-
20 nen ersichtlich wird, dass Part-
21 nern einer gleichgeschlechtlichen
22 Lebenspartnerschaft nicht diesel-
23 ben Rechte zustehen wie Ehe-
24 partnern:

25

- 26 • kein Informationsrecht über
27 den medizinischen Zustand
28 des Partners bei Krankheit
29 oder Unfall
- 30 • bundesländerspezifische Un-
31 terschiede im Bestattungs-
32 recht
- 33 • Unterschiede bezüglich des
34 5. Gesetzes zur Vermögens-
35 bildung, der Einkommens-
36 grenze der Arbeitnehmer-
37 sparzulage. Bei gemeinsa-

1 mer Veranlagung wird diese
2 bei Ehegatten verdoppelt, bei
3 Lebenspartnerschaften von
4 Homosexuellen allerdings
5 nicht
6 • Kein verfassungsrechtlicher
7 Schutz der eingetragenen
8 gleichgeschlechtlichen Le-
9 benspartnerschaft Sie kann
10 jederzeit abgeschafft und
11 aberkannt werden!
12
13 Aufgrund dieser Missstände
14 und anderer muss das Gesetz
15 angeglichen werden und Rechte
16 gleichgesetzt werden bzw. den
17 Rechten heterosexueller Ehepart-
18 ner gleichgesetzt werden. Denn
19 auch nach dem Grundgesetz
20 Artikel 3, Absatz 1 und 3 sind alle
21 Bürgerinnen und Bürger vor dem
22 Gesetz gleich und dürfen auch
23 nicht aufgrund ihrer sexuellen
24 Identität diskriminiert werden.
25

26 **Antrag 6/I/2016**
27 **AntragsstellerIn: Jusos Bayern**
28
29 **Schluss mit Generationenge-**
30 **rechtigkeit!! Wir wollen Gerech-**
31 **tigkeit für alle!!**
32
33 Bei Diskussionen über demogra-
34 fischen Wandel, aber auch über
35 Rente ist häufig von „Generatio-
36 nengerechtigkeit“ die Rede. Die

1 These, die hier vermittelt wird,
2 ist, dass es immer mehr ältere
3 Menschen geben wird, während
4 gleichzeitig immer weniger Kinder
5 geboren werden. Das führt zu ei-
6 nem Konflikt. Die wenigen jungen
7 Menschen könnten nicht mehr die
8 vielen Alten finanzieren. Häufig
9 wird hierbei ein sehr stigmatisier-
10 tes Bild von Jung und Alt gezeich-
11 net. „Die Alten“, die den Jungen
12 zur Last fallen und „Die Jungen“
13 die diese Belastung nicht mehr
14 tragen können. Als Lösungsan-
15 sätze werden insbesondere län-
16 ger arbeiten und mehr private Vor-
17 sorge vorgeschlagen.

18
19 Das ist allerdings der falsche
20 Ansatz. Verteilungsgerechtigkeit
21 ist keine Generationenfrage! Die
22 Schieflage in unserem System
23 besteht nicht zwischen Jung
24 und Alt, sondern zwischen Arm
25 und Reich. Diese falsche An-
26 nahme führt zu Privatisierung,
27 Sozialabbau und dazu, dass
28 Generationen gegeneinander
29 ausgespielt werden.

30
31 Schon jetzt müssen die Men-
32 schen immer länger beruflich ar-
33 beiten und aktiv bleiben um nicht
34 in Armut abzurutschen. Es ist, ge-
35 rade im Alter, ein starkes Gefäl-
36 le zwischen Arm und Reich er-
37 kennbar. Geld, Bildung und so-
38 ziale Durchsetzungsfähigkeit ver-

1 bessern nachweisbar die Chan-
2 cen für gesundes und langes Le-
3 ben. Obwohl das Problem be-
4 kannt ist, hat man es noch nicht
5 geschafft diese Entwicklung auf-
6 zuhalten.

7

8 Politik muss einen neuen Diskurs
9 darüber anregen wie ein sozial
10 gerechtes Altern und ein Zusam-
11 menleben der Generationen aus-
12 sehen können. Sie darf die Fäden
13 der Seniorenpolitik nicht aus der
14 Hand geben und diese nicht zum
15 Spielball marktwirtschaftlicher In-
16 teressen verkommen lassen. Nur
17 so schafft man es, die immer noch
18 vorherrschende Versorgungsun-
19 gerechtigkeit zu beseitigen.

20

21 Deshalb fordern wir:

22

- 23 • 1. Ausbau offener Angebote
24 für Senioren

25

26 Angebote der offenen Altenarbeit
27 müssen weiter gefördert werden.
28 Es gibt Modellprojekte von Bund
29 und Ländern, die verschiedene,
30 offene Beratungen und Bildungs-
31 angebote bereitstellen. Doch häu-
32 fig haben sie keinen Bestand,
33 weil sie nach der Modellpha-
34 se nicht mehr weiter finanziert
35 werden. Beispielhaft kann man
36 hier die Alten- Service-Zentren
37 in München nennen, die flächen-
38 deckend in München existieren.

1 Die Alten-Service-Zentren bieten
2 offene Beratungs- und Bildungs-
3 angebote für Senioren und Se-
4 niorinnen und deren Umfeld, un-
5 abhängig von sozialem, ökonomischem und rechtlichem Sta-
6 tus, Geschlecht, Herkunft, Haut-
7 farbe, Religion, Bildung, Behinde-
8 rung oder sexueller Orientierung.
9 Dieses Angebot könnte Vorbild-
10 charakter für andere Großstädte
11 haben. Zudem müssen dringend
12 Konzepte entwickelt werden, wie
13 auch ältere Menschen im ländli-
14 chen Raum erreicht werden kön-
15 nen.
16

17
18 Offene Altenarbeit muss endlich
19 als Möglichkeit gesehen werden
20 um präventiv Problemlagen im
21 Alter entgegenzuwirken. Es darf
22 nicht mehr nur der Grundsatz am-
23 bulant vor stationär gelten son-
24 dern offen vor ambulant und am-
25 bulant vor stationär.
26

27 Bildung muss zudem in jedem
28 Alter als Grundrecht gelten. Bil-
29 dung hat einen Eigenwert und er-
30 möglicht soziale und gesellschaft-
31 liche Teilhabe. Dies muss Men-
32 schen jeglichen Alters und jegli-
33 cher sozialer Situation ermöglicht
34 werden. Bildungsangebote müs-
35 sen daher für Menschen in al-
36 len Lebenssituationen vorhanden
37 sein. Studiengebühren für Se-
38 niorInnenstudentInnen lehnen wir

1 ab.

2

3

4 • 2. Begegnung zwischen den
5 Generationen fördern

6

7 Es gibt immer weniger Begeg-
8 nungsmöglichkeiten zwischen
9 den Generationen. Außer mit
10 Oma und Opa, oder Enkel und
11 Enkelin, haben die meisten nur
12 Kontakt innerhalb ihrer eigenen
13 Altersgruppe. Das fördert Vor-
14 urteile, sorgt dafür dass alle in
15 ihrer eigenen Welt leben und es
16 keinen Austausch zwischen den
17 Generationen gibt.

18

19 Viele Vereine und Institutionen,
20 wie auch die SPD, klagen über
21 fehlenden Nachwuchs. Ein Grund
22 ist auch, dass wenig auf die Be-
23 lange Jüngerer Rücksicht genom-
24 men wird und es auch hier, ob-
25 wohl es vielfache Möglichkeiten
26 gäbe, wenig Austausch zwischen
27 den Generationen gibt. Das muss
28 sich ändern.

29

30 Wir fordern mehr staatliche Un-
31 terstützung für Intergenerationel-
32 le Projekte, wie Mehrgeneratio-
33 nenhäuser und Intergenerationel-
34 les Wohnen. Wir müssen aufhö-
35 ren übereinander zu reden und
36 anfangen miteinander zu reden.

37

38

- 1 • 3. Verbesserung der Pflege-
2 situation in Deutschland

3

4 Die Zahl pflegebedürftiger Men-
5 schen steigt an. Deswegen muss
6 die Infrastruktur in der Pflege
7 massiv ausgebaut werden. Die
8 totale Institutionalisierung in der
9 Pflege, in der das Individuum ver-
10 gessen und nur darauf geach-
11 tet wird möglichst schnell mög-
12 lichst viel Pflegeleistungen zu er-
13 bringen, muss aufhören. Wir brau-
14 chen Pflege die Selbstständig-
15 keit und Fähigkeiten der Pfl-
16 gebedürftigen erhält und fördert,
17 Angehörige einbindet und allen
18 Menschen zur Verfügung steht.
19 Das gilt sowohl für stationäre als
20 auch für ambulante Pflege. Auch
21 neue Formen des betreuten Woh-
22 nens müssen von staatlicher Sei-
23 te deutlich mehr gefördert wer-
24 den (SeniorInnen WGs, Betreutes
25 Wohnen zu Hause).

26

27 Es müssen mehr Arbeitsplätze
28 für Pflegepersonal geschaffen
29 werden die auch angemessene
30 Arbeitsbedingungen und Ent-
31 lohnung beinhalten, für diese
32 körperlich schwere und wichtige
33 Arbeit.

34

35 Pflege ist ein Thema das Genera-
36 tionsübergreifend diskutiert wer-
37 den muss. Mit einer steigenden
38 Lebenserwartung, ist die Mög-

1 lichkeit pflegebedürftig zu werden
2 nicht unwahrscheinlich. Deswe-
3 gen sollten sich Menschen aller
4 Altersstufen mit dem Thema aus-
5 einandersetzen.

6

7 Pflege ist zudem ein Thema, das
8 die Vereinbarkeit von Beruf und
9 Familie betrifft. Es muss Ange-
10 hörigen, die Pflegebedürftige zu
11 Hause betreuen, ermöglicht wer-
12 den, dies mit ihrem Beruf zu ver-
13 einbaren.

14

15 •4. Rente: Keine Frage der
16 Generationengerechtigkeit

17

18 Wir müssen Altersarmut bekämp-
19 fen, dafür ist eine Rente von der
20 die Menschen im Alter leben kön-
21 nen, unabdingbar. Deshalb for-
22 dern wir den Erhalt des Renten-
23 niveaus von 51% und die Ab-
24 kehr von der Rente mit 67. Ei-
25 ne Absenkung des Niveaus, über
26 eine Erhöhung des Rentenein-
27 trittsalters, über Beitragssenkun-
28 gen oder eine direkte Absenkung
29 der auszahlenden Rentenleis-
30 tungen, wird auch die junge Ge-
31 neration schwer bereuen, weil wir
32 selbst es sind, die später nicht von
33 unserer Rente leben können.

34

35 Gerade bei der Rentendebat-
36 te wird ein Generationenkonflikt
37 konstruiert. Es ist aber ein Konflikt
38 über die Generationen hinweg.

1 Denn entscheidend ist nicht nur
2 wie viele Menschen einzahlen,
3 sondern wie viel einbezahlt wird.
4 Hier müssen Menschen mit ho-
5 hem Einkommen stärker in die
6 Pflicht genommen werden.

7

8 • 5. Prekäre Beschäftigung
9 und Niedriglöhne sind Ga-
10 ranten für Altersarmut.
11 Deshalb Schluss damit!

12

13 Altersarmut ist außerdem zualler-
14 erst eine Folge von Erwerbsar-
15 mut. Wer von seinem Lohn nicht
16 leben kann, kann auch von der
17 späteren Rente nicht leben. Ar-
18 beitsmarktpolitische Maßnahmen
19 sind daher auch eine wichtige
20 Stellschraube im Kampf gegen Al-
21 tersarmut.

22

23 Schon heute leben viele Men-
24 schen in prekären Beschäfti-
25 gungsverhältnissen. Für sie ist es
26 unmöglich privat fürs Alter vorzu-
27 sorgen. Auch das, kein Problem
28 zwischen Generationen, sondern
29 eines das alle Generationen
30 betrifft.

31

32 Wir müssen weg von prekären
33 Beschäftigungsverhältnissen und
34 uns für gute Arbeitsplätze mit
35 guten Einkommen und Arbeits-
36 bedingungen einsetzen. Deshalb
37 fordern wir auch einen flächende-
38 ckenden Mindestlohn. Außerdem

1 helfen gute Einkommen auch die
2 Rentenkasse zu stabilisieren. Nur
3 wer von seiner Arbeit leben kann,
4 kann später auch von seiner
5 Rente leben.
6

7 **Antrag 7/I/2016**

8 **AntragsstellerIn: SPD-Bezirk**
9 **Oberfranken**

10

11 **Geschlechtsneutraler Zugang**
12 **zu Wickeltischen – jetzt!**

13

14 Wir fordern, dass Wickeltische
15 zukünftig nicht mehr lediglich auf
16 Damentoiletten installiert werden.
17 Wickeltische müssen beiden Ge-
18 schlechtern zugänglich gemacht
19 werden. Gerade in öffentlichen
20 Gebäuden muss der Staat mit
21 gutem Beispiel vorangehen
22 und dementsprechend handeln.
23 Daher fordern wir ebenso eine
24 staatliche Förderung für die In-
25 stallierung neuer Wickeltische in
26 der Öffentlichkeit.

27

28 **Begründung**

29

30 Wir leben in einer Gesellschaft,
31 in der längst nicht mehr überall
32 die klassische Rollenverteilung
33 gilt. Alleinerziehenden Vätern
34 oder Männern, die mit ihrem Kind
35 alleine unterwegs sind, ist jedoch
36 der Zugang zu Wickeltischen

1 oft erschwert, da diese nur auf
2 Damentoiletten installiert sind.
3
4 Wir fordern von der modernen
5 Gesellschaft die Abkehr von der
6 tradierten Rollenverteilung. Da-
7 zu müssen auch die notwendi-
8 gen Voraussetzungen geschaffen
9 werden.